

Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas

Tagung veranstaltet von der Stiftung Sozialgeschichte für das 20. Jahrhundert

Bremen, 22. bis 23. Februar 2008

Die Stiftung Sozialgeschichte für das 20. Jahrhundert veranstaltete am 22./ 23. Februar 2008 in Bremen eine Tagung zu einem Thema, das in der gegenwärtig breit geführten öffentlichen Debatte über die 68er-Bewegungen eher am Rande oder gar nicht vorkommt: Das Jahr 1968 aus der Perspektive der Gesellschaften Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Die Tagung wurde freundlicherweise von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziell unterstützt.

Angelika Ebbinghaus (Bremen, Stiftung Sozialgeschichte) fragte einleitend, ob es ein globales ‚1968‘ gab und wenn ja, worin die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West bestanden. Sie stellte damit Bezüge zu dem transnationalen und interdisziplinären Forschungsprojekt der Stiftung Sozialgeschichte „1968 und die Folgen“ her. Mit ihren einleitenden Fragestellungen wollte sie zum Vergleich der 68er Bewegungen in Ost und West einladen, auf eine soll hier kurz eingegangen werden. Den 68er-Bewegungen im Westen sei die Formierung einer „neuen Linken“ voraus gegangen. Diese kleinen Dissidentenzirkel und Intellektuellengruppen seien vor allem in der kritischen Auseinandersetzung mit der alten Linken, dem Stalinismus und den konkreten Verhältnissen in den realsozialistischen Ländern entstanden. Auch die Ereignisse des Jahres 1968 in den ostmitteleuropäischen Ländern ließen sich unter anderem auf die Ablehnung des Stalinismus, auf die Kritik politischer Verfolgung und Repression seit 1945 und auf die Auseinandersetzung mit den Defiziten an individuellen Freiheiten in den realsozialistischen Ländern zurück führen. Es wäre sicher interessant, diese Fragestellung für einen Ost-West-Vergleich zu vertiefen. Wie weit sich die 68er-Bewegungen in Ost und West gegenseitig wahrnahmen und konkret beeinflussten, sind großteils noch offene Forschungsfragen, die diese Tagung ein Stück beantworten wollte.

Das erste Panel „Der Prager Frühling und seine Niederschlag“ war thematischer Ausgangspunkt der Tagung und gleichzeitig inhaltlicher Bezugspunkt für alle anderen Panels. *Jan Pauer* (Bremen) gab einen informativen Überblick über die Reformprozesse in der ČSSR, die er auf drei Ebenen beschrieb: Erstens die demokratischen Reformbemühungen auf der Ebene der politischen Macht, zweitens die slowakische Emanzipationsbewegung und drittens eine gesellschaftliche Reformbewegung, die die gesamte Gesellschaft erfasste. Diese politischen und wirtschaftlichen Reformbemühungen, die die Gesellschaft und den Staat auch modernisieren sollten, seien von den konservativen Kreisen innerhalb der eigenen Partei wie den Parteiführungen der Warschauer Paktstaaten zunehmend kritisch gesehen worden und führten schließlich zum 21. August, der Niederschlagung dieser Reformbestrebungen mit militärischen Mitteln.

Peter Heumos (München) referierte auf der Basis bislang unbekannter Quellen, wie die tschechoslowakischen Arbeiterinnen und Arbeiter diese Reformversuche bewertet haben. Er hob hervor, dass interessanterweise die kommunistischen Parteien auch in den anderen staatssozialistischen Ländern keine effektive Kontrolle über den Produktionsprozess gehabt hätten. So hätte es auch in den Betrieben der ČSSR nur geringe Lohndifferenzierungen gegeben und die Arbeiter hätten in den Betrieben, was die Gestaltung des Arbeits- und Produktionsprozesses anbelangt, großen Einfluss und weitgehende Entscheidungsspielräume gehabt. Die Arbeiter hätten zwar die politischen Reformvorhaben bejaht, aber sie wären nicht hinter den wirtschaftlichen Reform-

konzepten eines neuen „Managersozialismus“ gestanden, der ihren Einfluss in den Betrieben einschränkt hätte.

In dem letzten Beitrag dieses Panels ging *Markéta Spiritová* (München) der Frage nach, wie sich die Niederschlagung des Prager Frühlings konkret auf das berufliche Leben und den Alltag tschechoslowakischer Intellektueller ausgewirkt hat. Der Frage also, zu welchen folgenreichen Einschnitten in der persönlichen Lebensgestaltung und in der Berufskarriere die politischen Repressionsmaßnahmen konkret geführt haben, die Folge der Niederschlagung des Prager Frühlings waren. *Jörg Roesler* (Berlin) gab dann einen Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Reformbestrebungen in den Ländern der Warschauer-Pakt-Staaten und ging vor allem auf die Frage ein, welche konkreten Auswirkungen der 21. August auf die wirtschaftlichen Reformbemühungen der anderen Ostblock-Länder hatte.

Das zweite Panel „Ungarn 1968 – Zurückhaltung als Reformkonzept“ leitete *Hannes Lachmann* (Prag) mit einem Überblick über die Reformbestrebungen und die oppositionellen Strömungen in Ungarn ein. Die Wirtschaftsreformen hätten rasch Wirkung gezeigt und die Bevölkerung hätte die politischen Freiräume für sich genutzt. Für Ungarn war charakteristisch, so Lachmann, dass seitens der Bevölkerung und der Partei zwar ein Wunsch nach Reformen bestanden habe, aber beide Seiten sich letztlich sehr pragmatisch und eher zurückhaltend verhalten hätten. Während die Parteiführung die militärische Intervention in Prag als notwendig verteidigte, bedauerte die ungarische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit aufrichtig, dass ungarische Truppen am Einmarsch beteiligt waren. Nur wenige Intellektuelle und Literaten wagten, offen zu protestieren.

Árpád von Klimó zeigte am Beispiel katholischer Jugendgruppen, die von der ungarischen Staatssicherheit überwacht und gegen die in den Jahren 1966 und 1970 größere Polizeiaktionen durchgeführt worden waren, dass Verbindungen zu den westlichen Protestbewegungen bestanden. Die katholischen Jugendlichen waren wohl die Gruppierung, die die meiste Distanz zum so genannten „Gesellschaftsvertrag“ des Kádár-Regimes hatte. Sie grenzte sich aufgrund ihrer religiösen Überzeugung sowohl von der Diktatur als auch von der am Konsum partizipierenden „Durchschnittsbevölkerung“ ab. Sie interessierte sich für die Folgen von Globalisierungsprozessen und setzte sich mit antiautoritären, konsumkritischen, terzomondialistischen (Dritte-Welt)-Ideen wie auch pädagogischen und psychologischen Theorien aus dem Westen zustimmend auseinander. Vor diesem Hintergrund begannen sich diese katholischen Jugendgruppen zunehmend als Teil einer alternativen Gegenwelt zur Ersten und Zweiten Welt zu begreifen.

Das Panel „Die Bedeutung des Jahres 1968 für Polen“ leitete *Stefan Garsztecki* (Bremen) mit einem Überblicksbeitrag ein, in dem er auf die Studentenunruhen im März 1968 – auch in Gegenüberstellung zu den Ereignissen im Westen – und auf die Folgewirkung dieser Ereignisse für Polen einging. Er hob drei Aspekte dieser so genannten Märzereignisse hervor: neben den Protesten der Studierenden, die schnell und gewalttätig nieder geschlagen wurden, die Kontroversen innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und schließlich die infame – von Gomulka lancierte – antisemitische Kampagne, die die Proteste diskreditieren sollte. *Karol Sauerland* (Warschau) und *Feliks Tych* (Warschau) ergänzten diesen Überblicksbeitrag mit weiteren Details vor allem zum Ausmaß und zur Wirkung der antisemitischen Kampagne, aber auch mit aufschlussreichen Erinnerungen, die sie als Zeitzeugen der damaligen Ereignisse beizusteuern wussten. Diese antisemitische Hetzkampagne führte dazu, dass ungefähr 15000 Menschen, meist jüdischer Herkunft, Polen verließen.

Andrea Genest (Berlin) ging auf die Rolle der Arbeiter während der Märzereignisse ein. Anhand eindrucksvollen Bildmaterials konnte sie zeigen, dass die Arbeiter auf den Betriebsversammlungen, auf denen sie Resolutionen gegen die protestierenden Studenten unterschreiben sollten, sich zwar nicht von diesen inszenierten Propagandaveranstaltungen beeindrucken ließen, sich aber auch in ihrer großen Mehrheit nicht mit

den Studenten solidarisierten. Die Märzereignisse stellten für die weitere politische Entwicklung in Polen eine Zäsur dar. Im Jahr 1970 solidarisierten sich die Studierenden und Intellektuellen aufgrund ihrer Erfahrungen im März 1968, bei denen sie politisch weitgehend isoliert geblieben waren, nicht mit den Arbeiterprotesten. Erst 1976 mit Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) ließen sie diese Erinnerungen hinter sich.

„Studentischer Protest zwischen Ost und West“ hieß das Jugoslawien-Panel. *Boris Kanzleiter* (Belgrad/Berlin) ging auf die besondere Situation Jugoslawiens ein, die sich nach dem Bruch mit der Sowjetunion 1948 sowohl durch Offenheit als auch Abgrenzung nach beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ausgezeichnet habe. Diese Situation habe sich auch in den studentischen Protesten von 1968 wiedergespiegelt, die ebenso Elemente des Protests aus den staatssozialistischen Ländern (vor allem ČSSR und Polen) wie aus den westlichen Ländern integriert hätten. Das Besondere der jugoslawischen 68er-Protestbewegung sei gewesen, dass ihre Träger sich positiv auf die jugoslawische Verfassung und das Parteiprogramm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) bezogen haben. Sie hätten die dort formulierten politischen Ansprüche, die sie voll bejahten, mit der jugoslawischen gesellschaftlichen Realität verglichen und gegen die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit protestiert. Die Sprengkraft ihres Protests bestand also darin, dass sie die Versprechen der jugoslawischen Kommunisten auf eine radikaldemokratische (Arbeiter)-Selbstverwaltung und einen „Dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Stalinismus tatsächlich und zwar hier und jetzt umsetzen wollten.

Krunoslav Stojaković (Bielefeld) ging danach auf die besondere Rolle von Intellektuellen im Kontext sozialer Bewegungen ein. Am Beispiel der literarischen Felder Theater, Kino und Literatur im Jugoslawien der Sechzigerjahre thematisierte er den Einfluss der Intellektuellen und Künstler auf die kognitive Orientierung der Studentenbewegung. Sie seien stark von der Praxis-Philosophie beeinflusst und in der Ablehnung des sozialistischen Realismus sich einig gewesen. Ein zentrales Anliegen von ihnen sei gewesen, die Entfremdung des Individuums in einer Massengesellschaft zu überwinden, die sie sowohl im Kapitalismus als auch im Staatssozialismus, aber auch in der jugoslawischen Gesellschaft als zentrales Problem sahen. Die Filmregisseure Dušan Makavejev oder Želimir Žilnik, Schriftsteller wie Bora Ćosić und Radomir Konstantinović, oder Theatermanifestationen wie das BITEF und das Internationale Festival des Studententheaters in Zagreb gehörten zum anregenden kulturellen und intellektuellen Repertoire dieser sozialen Bewegung.

Das letzte Panel fragte danach, was 1968 in der DDR geschah: „1968 – das unscheinbare Schlüsseljahr in der DDR“. *Florian Havemann* (Berlin), der sich selbst als „68er-Ost“ versteht, berichtete von seinen Erfahrungen 1968. Er verglich die Situation seines Freundeskreises, den er eher als unpolitisch charakterisierte, mit der 68er-Bewegung im damaligen Westdeutschland und West-Berlin. Auch sein Freundeskreis habe all das zu machen versucht, was damals zu 68 dazu gehörte: So hätten sie eine andere Art Kunst und Kultur, eine andere Art des Lebens, aber auch eine andere Art der Kindererziehung und der Geschlechterrollen ausprobiert. Die Wahlmöglichkeiten für diejenigen, die mit dem System in der DDR unzufrieden waren, seien gering gewesen. Er selbst hatte für sich, nachdem er für seine kleine Protestaktion – er hatte im August 1968 die ČSSR-Fahne aus dem Fenster seines Elternhauses gehangen – unverhältnismäßig sanktioniert wurde, die Flucht in den Westen gewählt.

Bernd Gehrke (Berlin) kontrastierte anschließend den Zeitzeugenbericht von Havemann mit inzwischen vorliegenden Forschungsergebnissen über das Jahr 1968. Aus den Akten weiß man heute, dass der Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings auch in der DDR relativ breit war. Insbesondere in den Betrieben war der Unmut groß, so dass Gehrke zu der Einschätzung kommt, dass 1968 in der Konfliktgeschichte der DDR durchaus als ein Schlüsseljahr gelten kann. *Stefan Bollinger* (Berlin) thematisierte die wirtschaftlichen Reformbemühungen in der DDR und ČSSR der späten 60er Jahre bezogen auf den Spannungsbogen von Effizienz, Demokratisierung und Repression, wobei er von den neuen Technologien – den neuen Produktivkräften – ausging. Die „neuen Produktivkräfte“ hätten nicht nur einfache Wirtschafts-

reformen, sondern eine Neuausrichtung des gesamten Systems erfordert. Dieser Zusammenhang wäre von den tschechischen Intellektuellen um Richta (Richta-Report), Šik und Mylnar deutlich formuliert, aber auch von Ulbricht durchaus erkannt worden. Interessanterweise habe es im Westen eine ähnliche Debatte gegeben. Rostow und Bell hätten aufgrund der technologischen Entwicklung bereits die Konturen einer nachindustriellen Gesellschaft und eine dadurch mögliche Konvergenz der Systeme von Ost und West gesehen. Richta und sein Team hätten deshalb für die staatssozialistischen Gesellschaften Lösungswege vorgeschlagen, bei denen der Plan um marktwirtschaftliche Elemente ergänzt werden sollte.

Marc-Dietrich Ohse (Hannover) referierte über die „Unruhevolle Jugend“ in der DDR, wobei er von den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen in der DDR ausging. Die SED habe nach dem Mauerbau genügend Handlungsspielräume gesehen und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zunächst auch Gestaltungsspielräume eröffnet. Die (zum Teil eigensinnige) Nutzung dieser Freiräume – etwa durch Künstler und Jugendliche – habe die SED allerdings schnell als Gefährdung der eigenen Gestaltungshoheit betrachtet und bald wieder massiv eingeschränkt. Freiräume und auch Schutzräume gegen die staatlichen Repressionen hätten fortan in erster Linie die Kirchen zur Verfügung gestellt. Insofern habe die gesellschaftspolitische Entwicklung bis 1968 stagniert, auch Reformvorhaben wie die 3. Hochschulreform und die Novellierung der DDR-Verfassung von 1968 hätten keine echten Reformimpulse besessen. Die Intervention in der ČSSR sei von Teilen der Bevölkerung zum Anlass genommen worden, gegen die SED und ihre Politik zu protestieren, während die Prager Reformer vor allem wegen ihrer Unnachgiebigkeit gegenüber Moskau und Ost-Berlin und nicht so sehr wegen ihrer Reformvorhaben bewundert worden seien. Die Idee eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ sei vor allem in intellektuellen und kirchlichen Kreisen rezipiert worden. Die „Ost-68er“ seien in der Minderheit geblieben, allenfalls – zumindest teilweise – hätten sie mehr Einfluss in der evangelischen Kirche gehabt. Selbst 1989, obwohl viele der „68er (Ost)“ der politischen Opposition meinungsführend angehörten, seien ihre gesellschaftspolitischen Konzepte in der DDR-Bevölkerung nicht mehrheitsfähig gewesen.

Abschließend verglich *Ute Kätzel* die Frauenbewegungen in West- und Ostdeutschland miteinander, die bei aller Unterschiedlichkeit doch eine „Diskursgemeinschaft“ gebildet hätten. Aufgrund der politischen Situation und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR wäre es zu keinen Protest- und Aktionsformen, wie sie für die westlichen Frauenbewegungen typisch waren, gekommen. Dem politischen Slogan „Das Private ist politisch“ hätten sich dennoch viele Ost-Aktivistinnen zugehörig gefühlt, wie umgekehrt West-Feministinnen oft auf die besseren beruflichen Möglichkeiten von Frauen und die staatlich gewährleistete Kinderbetreuung in DDR hingewiesen hätten. Ute Kätzel vertrat die These, dass die Ost-68erInnen einen wichtigen Anteil am Entstehen der Bürgerbewegung von 1989 gehabt hätten.

Leider ist die geplante Schlussdiskussion ausgefallen, so dass man nur hoffen kann, dass in der geplanten Publikation, die noch im Herbst 2008 erscheinen soll, einige der anfangs aufgeworfenen Fragen eine erste Antwort finden.

Weitere Informationen gibt es auf der Website der Stiftung Sozialgeschichte
<http://www.stiftung-sozialgeschichte.de>

Angelika Ebbinghaus

Kontakt:

Dr. phil. Dipl. Psych. Angelika Ebbinghaus
Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Redaktion Sozial.Geschichte
Fritz-Gansberg-Str. 14
D-28213 Bremen
fax: + 49 (0) 421 22352 51
E-Mail: AEbbinghaus@t-online.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München
Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.059
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/059-08.pdf>